

Gespräche statt Konfrontation

Stadt Mühlacker lehnt große Steinbrucherweiterung ab – Kompromiss der NSN diskutieren

VON THOMAS SADLER

MÜHLACKER. Zahlreiche Zuhörer hat die Beratung des Gemeinderates über die geplante Erweiterung des Steinbruchs an der Brettener Straße in Enzberg gestern Abend in den großen Ratssaal gelockt.

Die Stadt lehne eine Ausdehnung des Abbaugebietes von 15 Hektar, wie sie zuerst vorgesehen war, ab, machte Oberbürgermeister Frank Schneider klar. Doch nun habe der Betreiber des Steinbruches, die Natursteinwerke Nordschwarzwald (NSN), einen Kompromissvorschlag verlauten lassen, nach dem lediglich eine Vergrößerung um fünf Hektar vorgesehen sei (wir berichteten). Diesen Vorschlag müssten die NSN mit den überregionalen Behörden abstimmen. Derzeit liege ihm allerdings noch keine schriftliche Ausarbeitung vor. Sobald dies der Fall sei, wolle die Stadtverwaltung mit der Bürgerinitiative (BI), die sich gegen die Steinbrucherweiterung zur Wehr setzt, reden, ehe das Thema abermals im Gemeinderat beraten werden solle, so Schneiders Fahrplan.

Die Verwaltung schlug dem Gremium vor, die im Gebiet für eine große Erweiterung liegenden städtischen Grundstücke sowie einen bestimmten städtischen Feldweg nicht an die Betreiberfirma zu veräußern. Indes: Für den nun im Gespräch befindlichen Fall einer geringeren Inanspruchnahme von Gelände, so eine dritte Empfehlung, sei noch einmal über einen Verkauf zu beraten.



Aufmerksame Zuhörer.

Foto: Sadler

Rolf Leo, Vorsitzender der Freien Wähler, freute sich, dass durch den Kompromissvorschlag der NSN „Bewegung in die verhärteten Fronten gekommen ist“. Seine Fraktion stehe sowohl hinter der Bürgerinitiative als auch hinter weiteren Gesprächen, die es möglichst zügig zu führen gelte, so Leo, dem eine Entlastung der Kieselbronner Straße wichtig war.

CDU-Chef Günter Bächle verwies auf einen Brief der Natursteinwerke an die BI, der leider einige Fragen, zum Beispiel zu einer Entlastungstrasse, nicht beantwortete. Wie Rolf Leo stimmte auch Bächle, der die Gesprächsbereitschaft der Bürgerinitiative lobte, dem Beschlussvorschlag zu, jedoch regte er an, als Zusatz die Formulierung aufzunehmen, die städtischen Grundstücke und den Feldweg nicht nur nicht an

die NSN, sondern auch nicht an Dritte zu verkaufen, was dann auch beschlossen wurde. Einen akuten Handlungsbedarf sah er nicht, da die bestehende Abbaufäche noch rund acht Jahre lang ausreiche und in anderen Gegenden der Region ja noch genug Erweiterungsflächen für Gesteinsabbau bestünden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Knapp, der die Verwaltung dazu aufrief, rechtzeitig mit dem Betreiber vertraglich eine Beendigung der Steinbruchausdehnung – vielleicht gerade nach einer Realisierung der Kompromisslösung – festzulegen, und LMU-Sprecherin Dr. Ulrike Fuchs folgten ebenfalls den Verwaltungsvorschlägen. Anders Dr. Jens Hanf: Der FDP-Fraktionsvorsitzende monierte, der dritte Teil des empfohlenen Beschlusses bedeute eine etwaige Rücknahme der ersten Beschlussteile. Die FDP wolle lieber auf nähere Ausführungen der NSN zu dem Kompromiss warten, ihn mit der BI prüfen und dann gemeinsam mit den NSN eine nachhaltige Lösung suchen. Sonst, so Hanfs Befürchtung, werde der Regionalverband am Ende „über unsere Köpfe hinweg“ eine Entscheidung treffen. Die Freidemokraten enthielten sich der Stimme.

Otto Kattisch, Mitglied der BI, die am 1. Mai am Ende des geplanten Abbaugebietes ab etwa 10 Uhr mit einem Infostand aufwartet, zeigte sich mit dem mehrteiligen Beschluss des Gemeinderates zufrieden. Es sei gut, dass sich nun alle Beteiligten an einen Tisch setzen sollten.